

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII '76

17. April 1973

Die Nagelprobe von Hannover

Die SPD hält auch vitalste Diskussionen aus

Von Dr. Erhard Eppler MdB

Mitglied des SPD-Parteivorstandes und Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

Wirtschaftsverbrechern an den "weißen Kragen"!

Die Koalition muß ein deutliches Zeichen setzen

Von Hermann Dürr MdB

Vorsitzender des SPD-Fraktionsarbeitskreises
Rechtswesen

Seite 3 bis 5 / 141 Zeilen

Die Deutsche Sportjugend und der Sport

"Längst nicht mehr eine der schönsten Nebensachen der Welt"

Seite 6 und 7 / 76 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und Ein-
-----gliederung"

Chefredaktion: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 130 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 888 846 / 888 847/
888 848 PPP D.

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 06 11

Die Nagelprobe von Hannover

Die SPD hält auch vitalste Diskussionen aus

Von Dr. Erhard Eppler MdB

Mitglied des SPD-Parteivorstandes und
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Es gehört zum taktischen Spiel um die Macht, dem Gegner so falsche Fragestellungen aufzureden, daß er nur noch falsche Antworten geben kann. Der Parteitag von Hannover ist dafür ein klassisches Beispiel. Ein ganzer Zeitungskonzern mit mancherlei Hilfstruppen war seit Wochen bemüht, die SPD in falsche Fragestellungen hineinzudrängen: Wollt Ihr das "System" verändern oder stabilisieren? Wollt Ihr eine Partei der marxistischen Theorie oder der praktischen Reform sein? Seid Ihr für oder gegen den Entwurf eines "Orientierungsrahmens"? Seid Ihr für oder gegen Radikale im öffentlichen Dienst? Und schließlich wurde sogar die Frage aufgebaut: Seid Ihr für oder gegen ein Verbleiben der Bundesrepublik Deutschland in der NATO?

Es beweist die Reife dieser Partei, daß sie sich von allem dem nicht verwirren ließ. Die Aussagen des Parteitages gingen souverän darüber hinweg: Wir wollen diese Gesellschaft verändern, wir wollen die Strukturen unserer Wirtschaft an die Bedürfnisse der Menschen anpassen, aber wir meinen nicht, daß sich alle Übel dieser Gesellschaft aus einem Punkt kurleren ließen, auch nicht dem des Gemeineigentums. Und das Grundgesetz ist und bleibt die Basis, auf der wir in Konkurrenz mit gleichberechtigten Parteien unsere Ziele ansteuern. Der Parteitag war sich einig: Wir wollen alles tun, damit Theorie und Praxis der Partei nicht wieder auseinanderklaffen, wie dies Jahrzehnte lang in der Geschichte der SPD geschehen ist. Theorie war noch nie so nötig wie heute, weil die Chancen und Gefahren der Zukunft noch nie so groß waren. Aber

sie muß ausgehen von der Praxis hier und heute, und sie darf keinen Augenblick die Praxis von morgen und Übermorgen aus dem Auge verlieren.

Dieser Wille steht auch hinter dem Beschluß zur Weiterarbeit am "Orientierungsrahmen 85". Respekt vor der Leistung der Kommission schließt nicht aus, daß neue Fragen aufzugreifen sind: das Verhältnis von Wachstum und Lebensqualität, von wirtschaftlicher Macht und demokratischer Entscheidung, von Markt und Gemeinwohl. Zum Beschluß der Ministerpräsidenten erklärte der Parteitag sehr genau, wie er sich eine verfassungskonforme Verteidigung der Verfassung vorstellt. Die Frage der NATO-Mitgliedschaft wurde erst garnicht aufgeworfen. Sichtbar wurde allerdings die Ungeduld vieler, wohl fast aller Delegierten, beim Thema Abrüstung. Aber schließlich rang sich die Mehrheit, wahrscheinlich zähneknirschend, zu der Einsicht durch, daß es den abgekürzten Weg zur Abrüstung nicht gibt.

Die wirkliche Frage an diesen Parteitag war, ob die SPD solide genug gebaut ist, um das Forum zu stellen für alle wichtigen Themen, die heute unsere Gesellschaft durchrütteln. Die Antwort ist klar: Die SPD hält auch dies aus. Sie ist die politische Gemeinschaft, in der darüber gestritten, aber auch darüber entschieden werden kann, was heute möglich und morgen nötig ist. Das war die Nagelprobe des Parteitages von Hannover.

In der CDU wird allenfalls noch darüber gestritten und entschieden, ob an ihre Spitze ein neuer Mann treten soll, der vorher schon erklärt hat, ein anderes Programm als sein Kontrahent habe er auch nicht. Die deutsche Öffentlichkeit wird bald merken, welche Partei aus überschüssiger Vitalität, welche aus Ratlosigkeit innere Kontroversen auszutragen hat. (-/17.4.1973/bcy/ex)

Wirtschaftsverbrechern an den "weißen Kragen" !

Die Koalition muß ein deutliches Zeichen setzen

Von Hermann Dürr MdB

Vorsitzender des SPD-Fraktionsarbeitskreises Rechtswesen

Jahr für Jahr prellen Wirtschaftsverbrecher einzelne Bürger oder die Gemeinschaft durch Steuerflucht, Schwindelmanöver, Unterschlagungen, Preisabsprachen und Verbraucherbetrug um viele Milliarden DM. In Sachen Wirtschaftskriminalität nähern wir uns den Zuständen in den Vereinigten Staaten von Amerika. Der letzte Justizminister der Regierung Johnson hat in seinem kürzlich auch in der Bundesrepublik erschienenen Buch "Demokratie und Verbrechen" die Lage in der USA in einer Weise beschrieben, die an eindrucksvoller Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Clark gilt als der beste Justizminister, den die USA in diesem Jahrhundert hervorgebracht haben, und als einer der zukünftigen Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei. Er geht davon aus, daß jede Art von Verbrechen existiere, weil wir eben so seien, wie wir sind. Und weil das so ist, könnten fast alle Verbrechenarten durch gesellschaftliche Reformen und deren Durchsetzung verhindert und bekämpft werden: "Es wäre gefehlt, Gewalttätigkeiten und asoziales Verhalten in einer Gesellschaft kontrollieren zu wollen, während Leute in Machtpositionen in durchtriebener Weise ohne viel Risiko Großverbrechen begehen."

Es ist in der Tat so: Jedem, der über die Kriminalität und ihre Ursachen nachzudenken beginnt, wird sehr schnell klar, daß die Arten und Methoden des Verbrechens in einer komplizierten und sich wandelnden Gesellschaft ebenso vielfältig sind, wie das menschliche Verhalten überhaupt. Dabei - und das ist schon häufig von Politikern und Juristen in Deutschland beklagt worden - wird immer noch das Verbrechen am wenigsten beachtet, das von Privilegierten begangen wird. Es wirkt meist weniger abstossend; die Täter gehen in aller Regel in einer Weise vor, die vorwiegend unsichtbar bleibt. Wirtschaftsverbrechen werden häufig von erfolgreichen und allgemein geachteten Personen begangen. Die Umstände, die für die Taten von Wirtschaftskriminellen kennzeichnend sind, werden durch ihre Möglichkeiten bestimmt; diese wiederum ergeben sich zumeist aus ihrer Stellung im Wirtschaftsleben. Die unerlaubten Gewinne aus solchen Taten liegen weit höher als die Früchte aller übrigen Verbrechen zusammengenommen. Das ist inzwischen zu einer - auch für die Verhältnisse in der Bundesrepublik - nachweisbaren Tatsache geworden.

Für denjenigen, der verantwortliche Strafrechtspolitik treiben will, gilt - wie für jeden Rechtspolitiker - der Satz, daß eine fortschrittliche Rechtspolitik nur dann eine Chance hat verwirklicht zu werden, wenn sie in Zusammenhang mit gesellschaftlichen Reformen geschieht. Gerade im Bereich der Bekämpfung von Wirtschaftsverbrechen befinden wir uns in einem Abschnitt, der es erforderlich macht, über den unmittelbaren Anlaß hinaus Zeichen zu

setzen. Darauf hat schon vor längerer Zeit Rudolf Wassermann, Präsident am Oberlandesgericht in Braunschweig, zu Recht hingewiesen, und er war sicherlich nicht der erste und keinesfalls der einzige, der diese Funktion der Rechtspolitik betonte.

Ich halte es für erforderlich, diese Erkenntnisse auch im Zusammenhang mit der im Bundestag betriebenen Novellierung des Kartellrechts zur Geltung zu bringen. Nach landläufiger Überzeugung beruht die Funktionsfähigkeit unseres Wirtschaftssystems auf einem intakten Wettbewerb: Dieser ist das zentrale Steuerungsinstrument. Wird er in größerem Umfange eingeschränkt, ergeben sich zwangsläufig Wettbewerbsverzerrungen, die zu gesamtwirtschaftlichen Verlusten, schließlich zur Lähmung des marktwirtschaftlichen Systems führen. Das Gesamtinteresse an einem funktionierenden Wettbewerb deckt sich in Grenzfällen nicht mit dem Einzelinteresse, möglichst ungehindert - und wenn es irgend geht - hohe Gewinne zu erwirtschaften.

Die Gesellschaft hat die Pflicht, den Wettbewerb als Institution zu schützen; sie muß den Unternehmer, der sich dem Wettbewerb entziehen will, zum Wettbewerb zwingen. Die Notwendigkeit derartiger Regelungen sehen die Unternehmer durchaus selbst. So hat z.B. die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer bereits 1969 ihre Bereitschaft erklärt, an der Verbesserung des Wettbewerbsrechts mitzuwirken.

Meine Forderung, mit der Novellierung des Kartellrechts gleichzeitig einige besonders gravierende Kartellverstöße als Straftatbestände auszugestalten, richtet sich gegen einige wenige "schwarze Schafe", deren unternehmerisches Handeln ausnahmsweise nicht von den sonst allgemein im Wirtschaftsleben beachteten Grundsätzen bestimmt ist. Mir geht es darum, das zu unterstützen, was nicht nur das Anliegen der Wirtschaftspolitiker meiner Fraktion ist. Die Sozialdemokraten sind bereit, den Wettbewerb zu forcieren, wo immer es geht. Nur ein neues, verschärftes Wettbewerbsrecht ist in der Lage, die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft auf Dauer zu erhalten. Dazu gehört auch der Schutz durch Straftatbestände, die nicht nur letzte Abschreckung sein sollen, sondern auch ein deutliches Zeichen dafür, wie ernst es den Sozialdemokraten mit ihren Forderungen ist.

Der Strafrechtslehrer Tiedemann hat in seinem Gutachten zum 49. Deutschen Juristentag 1972 in Düsseldorf ausgeführt, daß es erforderlich sei, das Kartellrecht nach strafrechtlichen Grundprinzipien neu zu ordnen. Er forderte, die schwerwiegenden Kartellverstöße als Straftaten eigenständig zu erfassen. Tiedemann wies nach, daß das rechtstechnisch auch leicht zu bewältigen ist.

Das Bundeskartellamt führt in seinem Bericht des Jahres 1963 aus, Erfahrungen öffentlicher Auftraggeber hätten den Verdacht verstärkt, daß mindestens in verschiedenen Bereichen wettbewerbsbeschränkende Absprachen und Praktiken von Bauunternehmern wieder erheblich an Umfang und Bedeutung zugenommen haben: "Es ist anzunehmen, daß hierdurch die Entwicklung der Baupreise nicht unwesentlich beeinflusst wird." Hier werden also mit aller Deutlichkeit die Praktiken der horizontalen Preisbindung in der Bauwirtschaft angesprochen. Der Vorgang ist folgender: Die Bauunternehmer unter-

halten sogenannte Meldestellen, deren Arbeitsbereich nach Bezirken aufgeteilt ist. Bauunternehmer, die bei einer beschränkten Ausschreibung zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert worden sind, erstatten der Meldestelle Bericht über die ausschreibende Stelle, die Art des Bauprojektes, die geschätzte Bausumme und den Submissionstermin. Diese Mitteilungen werden von der Meldestelle registriert und können als Grundlage für die Einladung interessierter Baufirmen zur Teilnahme an der Absprache ausgenutzt werden. Die Absprache erfolgt in der Erwartung, daß bei einer künftigen Ausschreibung kein Angebot oder nur ein Scheinangebot abgegeben wird, damit der zunächst Zurücktretende später eine entsprechende Vergünstigung erhält.

Diese Handlungen sind nach dem geltenden Kartellrecht lediglich als Ordnungswidrigkeiten zu ahnden. Besondere strafrechtliche Sanktionen gibt es bisher nicht, weil die infrage kommenden Bestimmungen des Strafgesetzbuches in aller Regel nicht erfüllt sind. Der Entwurf eines Strafgesetzbuches aus dem Jahr 1962 sah in § 270 vor, eine besondere Strafbestimmung für derartige Submissionskartelle einzuführen. Bei der Neufassung des Kartellrechts durch den jetzt vorliegenden Entwurf könnte ohne weiteres auf die Strafbestimmung zurückgegriffen werden.

Mir scheint auch erforderlich zu sein, daß wir den Preiskartellen besondere Aufmerksamkeit widmen. Ein Vorbild für eine strafrechtliche Erfassung dieser wettbewerbsbeschränkenden Absprachen findet sich in dem österreichischen Kartellgesetz von 1949. Demnach wird derjenige bestraft, der ein Kartell benutzt, um Preise zu steigern oder ihr Sinken zu verhindern oder den Absatz von Sachgütern zu beschränken. Eine ähnliche Regelung findet sich in Artikel 419 des französischen Strafgesetzbuches.

Ein Straftatbestand, der sich gegen diskriminierende Maßnahmen und Boykott richtet, könnte ohne große Schwierigkeiten in Anlehnung an den § 240 des Strafgesetzbuches formuliert werden. Die dort unter die Strafdrohung einbezogene Nötigung stellt den Anknüpfungspunkt für Straftatbestände des Kartellrechts dar. Wenn also der Wettbewerb durch unerlaubte Willensbeeinflussung beeinträchtigt wird, könnte er nach einer in Anlehnung an § 240 Strafgesetzbuch gestalteten Bestimmung mit Strafe bedroht sein.

Die Gelegenheit, bestimmte Verstöße gegen kartellrechtliche Bestimmungen als Straftaten auszugestalten, ist günstig. Das ist auch jetzt schon möglich, ohne daß nämlich die Ergebnisse der vom Bundesminister der Justiz eingesetzten Expertenkommission, die sich mit der Frage der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität befaßt, abgewartet werden müßten. Es ist zu wünschen, daß die Koalitionsfraktionen diese Gelegenheit nicht ungenutzt verstreichen lassen und die für eine weiterhin erfolgreiche Rechtspolitik erforderlichen Zeichen setzen.

(-/17.4.1973/ks/ex)

+ + +

Die Deutsche Sportjugend und der Sport

"Längst nicht mehr eine der schönsten Nebensachen der Welt"

Die Olympischen Spiele in München haben die Diskussion über den Sinn des Sports auch bei der "Deutschen Sportjugend (DSJ)", mit 4,5 Millionen Mitgliedern die stärkste Jugendorganisation in der BRD (und seit 1970 nicht mehr im Bundesjugendring, sondern selbständig), auf Touren gebracht. "Den naiven, ungeschulten Sport im Sinne einer schönsten Nebensache der Welt gibt es nicht mehr", schrieb Pfarrer Martin Hörrmann in "Sportjugend/Nordrhein-Westfalen" (Herausgeber: Landessportbund NRW), selbst ein "Junger" aus der Sportjugend, der aus aktiven Eigenerfahrungen im Sport heraus spricht. Und dann weiters: Der Sport müsse endlich mit der Erkenntnis Ernst machen, daß alle gesellschaftlichen Prozesse unausweichlich auch auf ihn zukommen. Pfarrer Hörrmann fordert dann, daß die Sportjugend das Gewissen des Sports sein solle, was heiße, daß sie ständig darauf achten müsse, daß das Denken im Sport sich nicht von den Realitäten entferne.

Was ist damit gemeint? Z.B. war der Ausbau des Stuttgarter Neckarstadions für die Fußballmeisterschaft 1974 wegen der hohen Investitionen und der sich dann später ergebenden erhöhten Unterhaltungskosten bei der Stadtbevölkerung lange heftig umstritten (Das Beispiel einer Anzahl von Münchner kostspieligen Olympia-Bauten, in die hohe Summen gesellschaftlichen Vermögens investiert wurden und die jetzt nicht kostendeckend genutzt werden können, stand warnend vor Augen). Die "Olympische Jugend", das Organ der Bundesorganisation "Deutsche Sportjugend (DSJ)" in Frankfurt/M erklärte die dann doch zustandegekommene Zustimmung der Bevölkerung zum Stuttgarter Projekt damit, daß sich nicht genügend Bürger an der Volksabstimmung beteiligt hätten.

Hier ist eine der Hauptfragen angeschnitten: Sollen die Investitionen aus dem Steuersäckel und den öffentlichen Sportlotterien vorrangig dem Hochleistungssport oder mehr dem Breiten-sport zugute kommen? Die "Deutsche Sportjugend" beruft sich auf die Studie der Evangelischen Kirche über die Bedeutung und Gefahren des Spitzensports für den Einzelnen wie für die Gesellschaft. Bedauert wird, daß die Kirche dann aber keine Stellung bezogen habe, während der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Heinz C. Vetter, erstmals den Spitzensport in seinen gegenwärtigen Formen und den Umfang seiner Förderung kritisiert habe und für die Förderung anderer Sportbereiche eingetreten sei. Beim Stichwort DGB und Sport weist die DSJ auf das bei den Gewerkschaften diskutierte Projekt "Sport am Arbeitsplatz" hin, das ja wegen seiner gesundheitsvorsorglichen Aspekte große sozialpolitische Bedeutung gewinnen könnte.

An diesem Beispiel zeigt sich, in welchem knisternden, gesellschaftlichen Spannungsfeld solche ganz und gar legitimen

sportpolitischen Überlegungen der DSJ führen. Sie sieht sich eben als die große Jugendsportorganisation der BRD mit gesellschaftspolitischem Auftrag. Die ab Anfang 1973 neu gewählte Vorsitzende des DSJ, die Fechterin Erika Dienstl, hat soeben ihr Programm so formuliert: Sie wolle der sportlichen Jugendarbeit den Stellenwert in der Gesellschaft erkämpfen, der ihr zukomme!

Die Jungen und Mädchen der DSJ dehnten ihr sportliches Tun in Bereiche hinein aus, die bisher kein Sportler im Sportdreß betrat: Sie gründeten Sportvereine in Zöglingshäusern und Jugendstrafanstalten, um den Insassen nach ihrer Entlassung die Rückkehr in die Gesellschaft zu erleichtern. Sie bildeten Sportgruppen für Gastarbeiterkinder, damit diese sich nicht ausgestoßen fühlen. Noch mehr: Die DSJ kümmert sich um Sportkindergärten, um moderne Sporttouristik ("Wir machen den jungen Urlaub") um die Vernebelungen des Unterschieds von Profi und Amateur, um Bildungsurlaub, Sport und Kunst. Kann Sport mithelfen, die Haschwelle zu bekämpfen? Hilft Sport bei der Sexualerziehung?

Fragen über Fragen stellt die "Deutsche Sportjugend". Vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit hat die DSJ 1973 zur Unterstützung ihrer Arbeit 177.000 DM erhalten, immerhin 130.000 mehr als im Vorjahr.

Die DSJ engagierte sich außerdem in der Sportförderung für die Dritte Welt. Vom 12. Dezember 1972 bis zum 4. Januar 1973 startete sie eine "Weltkampf- und Begegnungsfahrt nach Liberia und zur Elfenbein". Im Juni/Juli 1973 wird eine 30köpfige afrikanische Jugenddelegation hier erwartet, und im September 1973 wird ein Afrika-Seminar für Jugendtrainer und Übungsleiter aus frankophonen Staaten Afrikas in Steinbach/Baden durchgeführt. Auf dem Programm 1973 der internationalen Begegnungen stehen Treffen im Ausland oder in der BRD mit Führungskräften des Jugendsports in Norwegen, Großbritannien, Spanien, Finnland, Japan, Frankreich, Israel und Marokko. Die Aufnahme des Austausches von Sportgruppen aus China wird anvisiert, ebenso mit Polen.

Daß Sport aber auch etwas mit Freude, Spiel und Herumtollen für Menschen zu tun hat, die sich auch vergnügliche Stunden ohne Zwecktu tun gönnen, haben die jungen Leute von der DSJ trotz ihres verpflichtenden Engagements nicht vergessen. "Der Sport darf nicht in den Hintergrund gedrängt werden", sagte die neue Präsidentin Erika Dienstl kurz nach ihrer Wahl.

Heinz Ockhardt
(-/17.4.1973/bgy/ex)